

## Erhöhung der Straßenbahntarife?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat in der letzten Obmännerkonferenz durchleuchten lassen, daß die Erhöhung der Straßenbahntarife nicht eine Erfindung des „Neuen Wiener Tagblattes“ ist, sondern daß schon so etwas geplant sei, allerdings solle damit die Einführung von Streckentarten verbunden werden. Wie die Rathauskorrespondenz mitteilt, ist der Magistrat beauftragt worden, dem Bürgermeister geeignete Vorschläge wegen der Bedeckung der namhaften Mehrkosten zu machen, die sich aus der Erhöhung der Kriegszulagen für die städtischen Beamten und Lehrer und sonstigen Angestellten ergeben. Da die Sache greifbare Formen anzunehmen scheint, ist es wichtig, mit allem Nachdruck das Unsoziale dieses Planes aufzuzeigen. Wir haben zunächst die Sache nicht für möglich gehalten und darum nur die eine Seite der Sache aufgezeigt, wie ungerecht diese Steuer auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten aufgeteilt würde und wie gerade der Arbeiter im Verhältnis am meisten belastet würde, wenn der Plan, im Durchschnitt jede Karte um zwei Heller zu verteuern, verwirklicht werden sollte. Zu dieser Seite der Sache machte auch die „Reichspost“ am Dienstag einige durchaus zutreffende Bemerkungen, die wir der Vergessenheit entreißen wollen und denen wir dadurch, daß auch wir sie mitteilen, mehr Gewicht im Rathause geben wollen. Die „Reichspost“ sagt ganz richtig folgendes: „Die Art der vorgeschlagenen Bedeckung, die Erhöhung der Tramwarrantarife, müßte die stärksten Bedenken erregen. Diese Maßregel würde Hunderttausende der arbeitenden Klasse mit einer Belastung bedecken, ohne gerade die zahlungsfähigsten, wohlhabenden Kreise zu treffen; überdies belastet sie die kinderreichen Familien am meisten; es hätte also diese Steuer einen ausgesprochen antisozialen Zug.“ Zur Begründung führt die „Reichspost“ mit Recht an, daß alle jene, die über ein Automobil oder über einen Wagen verfügen, daß alle jene, die Monate des Jahres außerhalb Wiens in Sommer- und Winterkurorten und auf Lustreisen verbringen, viel weniger Anteil an der Steuer hätten als die, die an die Stadt gefesselt bleiben und die nicht über eigenes Fuhrwerk verfügen. Wir teilen vollkommen die Meinung der „Reichspost“, die sich übrigens mit der von uns bereits ausgesprochenen Meinung deckt. Der Bürgermeister aber fragt: Ja, wo soll ich denn die etwa zehn Millionen Kronen hernehmen, die die Stadt für diese Teuerungszulagen braucht? Die Antwort darauf ist einfach. Die zehn Millionen Kronen und weit mehr als diese wurden in dem letzten Jahre von den städtischen Arbeitern und Bediensteten im Gaswerk, im Elektrizitätswerk, bei der Straßenbahn, Leichenbestattung und in den anderen Betrieben für die Stadt erworben. Aus den Erträgen der städtischen Betriebe wurden für das Jahr 1915 an die Kassen der Gemeinde Wien 18.564.219 Kronen abgeführt. 18½ Millionen Kronen! Nimmt der Herr Bürgermeister davon die für die Teuerungszulagen und die Gehaltsregelungen nötigen zehn Millionen Kronen, so haben die Arbeiter und Bediensteten der verschiedenen städtischen Unternehmungen durch ihre Arbeit der Stadt noch immer eine Reineinnahme von 8½ Millionen Kronen gebracht. Mit diesem Gewinn aus den Unternehmungen der Stadt werden sich die Herren im Rathause für heuer begnügen müssen. Aber es geht durchaus nicht an, daß die Erhöhung der durch die Ueberweisungen des Staates übrigens bereits gedeckten Lehrergehälter und der Beamtengehälter dazu bemüht wird, um gerade die arbeitende Bevölkerung Wiens wieder aufs neue mit einer so ungleich aufgeteilten Steuer zu bedecken, wie es diese ist. Der Arbeiter, der zweimal im Tage die Straßenbahn benützt, wird damit für die dreihundert Arbeitstage des Jahres mit einer Steuer von rund 12 Kronen bedacht, Arbeiter oder Arbeiterinnen, die wegen der Kürze der Mittagspause auch mittags die Straßenbahn benützen müssen, die Tausende von Geschäftsangestellten, denen

es ebenso geht, müßten aber eine Steuer von 24 Kronen auf sich nehmen, und nichts zahlen würden die Herren Kriegslieferanten, die nicht nur die größten Gewinne aus der Teuerung gezogen haben und die durch ihre Tätigkeit vielfach die Teuerung gefördert haben. Diese Millionenverdiener sind so ziemlich noch die einzigen, die neben den wenigen, amtlich bevorrechteten Menschen über eigene Wagen und Autos verfügen. Noch eine Seite hat die Sache. In Wien wird gar nichts getan, um das Außenwohnen zu fördern, das Außenwohnen, das so wesentlich zur Besserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung beiträgt. Auch jenen Menschen, die den Zeitverlust längerer Straßenbahnfahrten auf sich nehmen, um ihren Kindern und Familien gute Luft zu sichern, würde dadurch eine neue Steuer auferlegt, die bei vielen Familien darum sehr ins Gewicht fiel, weil nicht nur die erwerbenden Väter, sondern auch die lernenden Kinder vielfach auf die Benützung der Straßenbahn angewiesen sind. Die Schulen sind nicht an der Grenze der Stadt, sie sind weiter gegen die Mitte zu und viele Kinder benötigen in den Frühstunden auch die Straßenbahn und ebenso in den Mittags- und Abendstunden. In solchen Haushalten kann dann die Steuer je nach der Kinderanzahl auf fünfzig und noch mehr Kronen steigen, während, wie nochmals gesagt werden muß, ein kinderloser Armeelieferant, der sein Auto hat, gar nichts zahlt.

Auf der anderen Seite ist es schon verständlich, daß die Gemeinde Wien Geld braucht. Man sieht es an ihrer Schuldenwirtschaft, die doch so weit führt, daß selbst für unbedingte Gegenwartsausgaben Schulden gemacht werden, die unsere Entel zu zahlen haben werden (wie etwa für Pflasterungen), daß die Gemeinde Wien im allgemeinen zu wenig Einkünfte hat. Da gibt es aber nichts als eine ehrliche Steuerreform, als eine ehrliche Aufteilung der Steuern, die das Gemeinwesen einheben muß, auf alle Bürger, und zwar abgestuft nach ihrem Vermögen. Eine solche Steuer augenblicklich vorzubereiten und durchzuführen, dazu wird die Gemeinde Wien gewiß genötigt sein, und das wird jeder verstehen, der weiß, daß ein Gemeinwesen gemeinsame Aufgaben zu erfüllen hat, die nur erfüllt werden können, wenn alle Bürger dazu ihren Teil beitragen. Vielleicht erinnert sich die Gemeinde Wien nun auch endlich daran, wieviel sie dem Grundbesitz, auch den spekulativen Erwerbem von Grund, jährlich dadurch schenkt, daß sie neue Gegenden aufschließt, Straßenbahnen hinführt, Gas und Wasser zuleitet. Solche Gründe steigen über Nacht im Preis, oft um das Doppelte und Dreifache, Vermögen fallen dadurch einzelnen in den Schoß und die Gemeinde holt sich davon nichts für alle Bürger, deren Gesamtleistungen und Steuern dem Reich- oder Reicherverden des einen vorangehen mußte. Eine Wertzuwachssteuer, die so viele Städte haben, womöglich mit der Selbst einschätzungsklausel (einjährigem Ankaufsrecht zum Selbst einschätzungspreis) brächte reiche Einkünfte. Sie wäre auch sozial gerecht. Aber mit solchen unsozialen Versuchen, indirekte Steuern gerade den arbeitenden Klassen und den anderen erwerbstätigen Bevölkerungsteilen aufzubürden, bleibe man uns gütigst vom Leibe.